



Lex Olympia kommt

Die Berliner sollen am 13. September unverbindlich abstimmen. Seite 9

Grüne Woche im Gespräch

Kirsten Tackmann über Marktmacht und die Zukunft der Landwirtschaft. Seite 17

Meeting in Havanna

Regierungsvertreter der USA und Kubas verhandeln über Botschaften, Visa – und die Frage des Eigentums. Seite 2



Foto: AFP/Joëlle Baedre

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 21. Januar 2015

70. Jahrgang/Nr. 17 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Jemens Not

Roland Etzel zum Krieg in einem notorisch unbeachteten Land

Während die Kriege in Irak und Syrien nahezu täglich in den Schlagzeilen sind, werden die Konflikte im Süden der Arabischen Halbinsel kaum beachtet. Dabei wird dort ebenfalls permanent geschossen, auch weil Jemen eines immer ausreichend hatte: Waffen. Dabei fanden sich bisher weder unter dem Hochgebirge noch unterm Wüstensand Öl, Gas oder eine der seltenen Erden, die bei Industriestaaten nennenswerte Begehrlichkeiten und damit Interesse für das bettalarme Land zu wecken vermöchten.

Dafür hat sich das Land aber regionaler Mächtegerne zu erwehren. Zwar schaffte es, ähnlich wie in Afghanistan, keine fremde Macht je, die Welt der jemenitischen Hochgebirgsstämme zu beherrschen. Zuletzt scheiterte in den 60er Jahren das ambitionierte Ägypten Nassers daran, die Jemeniten in seinen politischen Zirkel einzuordnen. Das versuchen heute andere. Für die Jemeniten heißt das seit Jahrzehnten: permanenter niederschwelliger Krieg; aktuell befeuert von der Rivalität zwischen Iran und Saudi-Arabien. Wollte Nasser damals seinen arabischen Sozialismus nach Süden weiten und ließ es dabei auf einen Bürgerkrieg ankommen, so sind es heute iranische und saudische Rivalitäten, die auf dem Rücken der Jemeniten stattfinden. Dazu kommt der westliche Vorwurf, ein Hort des islamistischen Terrors zu sein.

Die EU-Europäer könnten den Jemeniten in mancher Hinsicht helfen. Dafür aber müssten sie zunächst aufhören, alles Jemenitische im Zerrbild der US-amerikanischen Terroroptik wahrzunehmen.

UNTEN LINKS

Ein in arabischer Sprache verfasster **Twitter-Eintrag** mit verdächtigem Inhalt kann in einer deutschen Stadt zum Generalverbot sämtlicher öffentlicher Versammlungen führen. Unter den zahlreichen Verfassern verdächtiger Twitter-Einträge gleich welcher Sprache hat diese verblüffende Nachricht sich wie ein Lauffeuer verbreitet, nur virtuel- ler und schneller. Man wittert, weil man twittert, die Chance, nun endlich das ganze verhasste Gemeinwesen per Kurznachricht lahmzulegen. Denn nie war es offenbar leichter, die sogenannten Grundrechte auszuhebeln, als im Zeitalter der anonymen mobilen Kommunikation. Willkommen, Diktatur 2.0! Man drohe einem in Frankfurt am Main erscheinenden Satiremagazin mit einem Anschlag, und schon wird die Schließung sämtlicher dort ansässiger Redaktionen – nur zu deren Sicherheit! – angeordnet: Es könnte ja sein, dass der Terrorist die »Titanic« mit der »FAZ« verwechselt. Schließlich kann er kein Deutsch. *mha*

Spaniens Linke hofft auf SYRIZA

Wahlen in Griechenland und Spanien werden zur Abstimmung über EU-Krisenpolitik



Hauptfiguren des spanischen Wahljahrs 2015: der konservative Ministerpräsident Rajoy und Podemos-Chef Iglesias

Foto: Reuters/Albert Gea

Berlin. Spaniens Linke schaut nach Griechenland: Dort wird am kommenden Wochenende gewählt – die Abstimmung, bei der die Linksalianz SYRIZA als Favorit gilt, ist nicht nur ein Votum für ein neues Parlament in Athen, sondern auch ein Volksentscheid über die fatale Krisenpolitik der Europäischen Union.

Auch in Spanien wird in diesem Jahr gewählt, und auch dort sind die Krise und der verordnete rabiate Sparkurs ein entscheidendes Thema. »Es ist für uns sehr wichtig, dass SYRIZA gewinnt«, sagt der Spitzenkandidat der spanischen Vereinigten Linken (IU), Al-

berto Garzón, im nd-Interview, »so wie es für SYRIZA wichtig ist, dass in anderen europäischen Ländern die Linke gewinnt.« Letzteres ist für Spaniens Vereinigte Linke allerdings nicht so einfach, denn mit der aus der Empörten-Bewegung hervorgegangenen Protestpartei Podemos ist starke Konkurrenz entstanden. Garzón konstatiert »in den zentralen Punkten Übereinstimmung« mit Podemos und erkennt an, dass die Protestpartei es schafft, »die Stimmen der mit dem System unzufriedenen Bürger zu kanalisieren«. Gleichzeitig kritisiert er, dass sich Podemos bei den schon

im Mai stattfindenden Kommunalwahlen lokalen Bündnissen weitgehend verweigere und damit eine »historische Gelegenheit« nicht nutze.

Von SYRIZA, so Garzón, könne man lernen, auch »weil es eine Koalition aus unterschiedlichen linken Parteien ist« – eine »adäquate Formel« für die Veränderung der Gesellschaft. Die Linksfraktion im Bundestag erklärte am Dienstag ebenfalls ihre Unterstützung für SYRIZA und deren Forderung nach einem Schuldenschnitt für Griechenland. *nd*

Seiten 3 und 7

Pegida stellt Politik auf die Probe

Wenig Dialogbereitschaft bei SPD, LINKE und Grünen / Jens Spahn zieht Parallele zu Blockupy

Nach dem Verbot der Montagsdemonstration der Pegida in Dresden scheint die Bereitschaft der Politik zu einem Dialog zu wachsen. Allerdings gibt es auch klare Distanzierung.

Von Uwe Kalbe

Nachdem es am Montagabend in mehreren deutschen Städten erneut zu Demonstrationen von rund 50 000 Gegnern der Pegida-Aufmärsche gekommen war, setzte sich deren Kritik in der politischen Debatte des Folgetages fort. Dabei schieden sich die Geister in der Frage, ob ein Dialog mit den Wortführern der islam- und asylkritischen Bewegung politisch opportun sei. SPD-Parteichef Sigmar Gabriel lehnte einen solchen am Dienstag ab. »Nicht wenige der Organisatoren sind verurteilte Kriminelle, Neonazis und Antisemiten«, sagte Gabriel dem Evangelischen Pressedienst. Ihnen gehe es nur darum, die Gesellschaft

zu spalten und radikale Ideologien zu verbreiten. Zugleich zeigte sich Gabriel bereit, den Dialog mit den Menschen zu suchen, »die in den letzten Wochen zum Ausdruck gebracht haben, dass die Dinge, die ihnen wichtig sind, von der Politik nicht mehr aufgegriffen werden.«

Spitzenvertreter von Grünen und LINKE äußerten sich ähnlich. »Den Wortführern von Pegida und ihren hetzerischen Thesen werden wir keine Plattform bieten«, sagte die Grünen-Vorsitzende Simone Peter. Den Dialog mit Bürgern pflege man aber auf allen Ebenen. Linksfraktionschef Gregor Gysi lehnte Gespräche mit den Pegida-Organisatoren ab, mit den Menschen müsse man aber über ihre Belange sprechen. Der LINKE-Politiker kritisierte zudem die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen. Für die erste Pegida-Pressekonferenz am Montag hatte die Einrichtung Räume zur Verfügung gestellt. Sie habe sich

mit dieser Aktion nicht mit Ruhm bekleckert, sagte Gysi.

CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn forderte mehr Gelassenheit von Kritikern der Pegida-Bewe-

»Man muss nicht mit jedem Idioten reden.«

Friedrich Schorlemmer, Pfarrer und DDR-Bürgerrechtler, zu Pegida

gung, insbesondere Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD). Spahn sagte der »Saarbrücker Zeitung«: »Wer verbal Öl ins Feuer gießt und Tausende Menschen pauschal beschimpft, vergrößert den Frust.« Bei den Occupy-Demos in Frankfurt, bei denen nicht weniger umstürzlerische Parolen skandiert worden seien, »haben alle deutlich professioneller reagiert.«

Huthi-Rebellen stürmten Präsidentenpalast

Jemens Staatschef Hadi auf der Flucht / Aufruf zu Waffenruhe

Sanaa. Mit der Erstürmung des Präsidentenpalastes haben die schiitischen Huthi-Rebellen in Jemen ihren Machtanspruch bekräftigt. Eine völlige Regierungsübernahme planen sie nach eigener Aussage nicht. Das Schicksal des Staatspräsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi war bis zum frühen Abend unklar. Der UN-Sicherheitsrat berief in New York eine Krisensitzung ein.

Am Dienstagnachmittag eroberten die Aufständischen nach Angaben der Nachrichtenseite »Al-Masdar Online« den Präsidentenpalast im Süden der Hauptstadt Sanaa. Im Anschluss daran sei es vor dem Palast zu neuen Gefechten gekommen. Mindestens zwei Menschen seien bis zum Abend getötet worden. Nach Angaben von Informationsministerin Nadia Sakkaf wurde auch das Wohnhaus Hadis angegriffen.

Ein Huthi-Sprecher sagte gegenüber dpa, die Schiitentruppen hätten lediglich die Kontrolle über die Häuser der Palastwachen übernommen. »Wir wollen nicht den Palast kontrollieren«, betonte Daif al-Schami. »Wir haben nur unsere Einheiten in der Nähe stationiert, um mögliche Plünderungen zu verhindern.« Laut Schami hätten die Palastwachen zuvor ihre Posten verlassen. Mit ihrem Vorgehen wollen die Huthi nach eigenen Aussagen vor der Ausarbeitung einer neuen Verfassung den Druck auf die sunnitisch dominierte Regierung erhöhen. *Seite 6*

Mobilisierung in der Ukraine

Treffen der Außenminister in Berlin

Kiew. Im Kampf um die Ostukraine hat die Zentralmacht mit einer Teilmobilisierung von vorerst bis zu 50 000 Mann begonnen. »Unsere Heimat braucht jetzt kampferprobte Patrioten«, sagte Verteidigungsminister Stepan Poltorak am Dienstag. Separatistenführer Alexander Sachartschenko warf der prowestlichen Regierung in Kiew »Kriegsvorbereitungen« vor. Um den Flughafen von Donezk kam es erneut zu Gefechten. Von nächtlichem Beschuss berichteten Mitarbeiter der SOS-Kinderdörfer in Lugansk. Immer mehr Menschen, besonders Familien und Kinder seien auf Hilfe angewiesen.

Russland wies Vorwürfe, Truppen und Waffen in die Konfliktregion zu verlegen, als »völligen Blödsinn« zurück. Der ukrainische Regierungschef Arseni Jazenjuk hatte behauptet, dass zwei russische Bataillone die Grenze überquert hätten.

Eine weitere Verschärfung der militärischen Auseinandersetzungen und des Verhältnisses von Russland und der Ukraine soll ein Außenministertreffen Treffen am Mittwoch in Berlin verhindern helfen. Die Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, und der Ukraine, Pawlo Klimkin, hätten ihn um die Einladung zu einem erneuten Gespräch mit ihm und Frankreichs Ressortchef Laurent Fabius gebeten, erklärte Frank-Walter Steinmeier. *Agenturen/nd*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Winterschlussverkauf auch ohne Winter: Satte Rabatte und die Rechte der Kunden

Schimmelbefall in der Wohnung: Was soll der Mieter tun?

Loht sich der Wechsel der Krankenversicherung?

ISSN 0323-3375

